

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

### Die Krise nach der Wahl.

Den Wählern und Wählerinnen raten wir, die folgenden sehr einfachen und unbestreitbaren Tatsachen zu beachten:

Wenn die beiden Rechtsparteien — Deutsche nationale und Deutsche Volkspartei — bei den Wahlen die Mehrheit erlangen sollten, was freilich sehr unwahrscheinlich ist, so müßten sie selbstverständlich die Regierung übernehmen. Welches wären die Folgen? Die Mehrheitssozialdemokratie und die Unabhängigen würden sich zum Widerstand gegen eine solche Regierung vereinigen und jede Möglichkeit des Wiederaufbaues würde durch erbitterte Kämpfe, die zum Bürgerkrieg ausarten könnten, vernichtet werden. Am 21. Juni sollen die Vertreter Deutschlands in Spaa mit den Staatsmännern der Alliierten zusammentreffen. Eine reaktionäre, nationalistische Regierung würde in Spaa gewiß am allerwenigsten ankommen, die liberalen und demokratischen Parteien in England und in Italien würden aufstehen, eine Vereinigungspolitik zu fordern, und während in Deutschland die Verwirrung und die Not aufs höchste steigen würden, würde der Entschlußwahnismus, nimmerehr ungeheuer, uns die ungeschwächtesten Willkürdiktaturen aufzulegen und abermaligen deutschen Niedergang zum Plande nehmen. So würde es, wie jeder sich harmonischen kann nach einem vollen Siege der Deutschen nationalen und der Deutschen Volkspartei aussehen.

Was würde geschehen, wenn diese beiden Parteien zwar keinen vollen Sieg erringen, aber so gestärkt aus der Wahl hervorgehen sollten, daß sie auf ihrer Beteiligung an der Koalition, auf einer Beteiligung an der Regierung, bestehen könnten? Sie sind ja, obwohl sie den Demokraten das Zusammengehen mit der Sozialdemokratie vorwerfen, selber zur Übernahme von Ministerposten in einer teilweise sozialdemokratischen Regierung bereit. Der sozialdemokratische Reichstagsführer Hermann Müller hat erklärt, daß die Sozialdemokratie ein solches Bündnis ablehnen müßte. Im Namen der Demokraten habe der Reichsminister Böhm die öffentlichen Erklärungen abgegeben, und sollten die Demokraten etwa den Herren Herzl und Stresemann die Hand reichen, nachdem die Besultate dieser „Führer“ durch die infame, schmutzige Art ihrer Wahlaktion, durch die niedrigsten Verleumdungen und Beschimpfungen die schon vorher unmaßstäbliche Vereinigung mit solchen Vorkandidaten gänzlich unannehmbar gemacht haben? Aber unter solchen Umständen kann es sehr leicht kommen, daß überhaupt keine Regierung zu bilden sein wird. Wenn die Koalition zu sehr geschwächt ist, um die Regierung bilden zu können, dann muß eine überaus schwierige und höchst gefährliche Krise entstehen. In den Tagen oder Wochen dieser Krise werden sich die Leidenschaften ungeheuer erhitzen, und die Gelegenheit wird für alle Furchtsamkeit und Empörung wie nie zuvor günstig sein. Von rechts und von links wird der Brand aufzublizen. Und am 21. Juni erwartet man die Vertreter einer deutschen Regierung zu den wichtigsten Entscheidungen in Spaa...

Eine solche Krise nach der Wahl muß unter allen Umständen vermieden werden, wenn Deutschland nicht in die tiefste Verwirrung hineingeraten und nicht jede Möglichkeit, in Spaa eine Verminderung seiner Kräfte zu erlangen und bessere Wirtschaftsverhältnisse anzubahnen, verlieren soll. Wer das nicht begehrt, ist zu politischem Nachdenken nicht fähig, und wer es begehrt, ist zu politischem Nachdenken nicht fähig, um diese Krise zu verhindern, ist entweder so verbohrt, daß ihm keine Bestimmungen, keine Pläne und keine Parteilichkeit die höchsten Lebensinteressen des Landes gehen, oder er handelt nach dem jüdischen, törichtsten Glaubenssatz, daß „es schlimmer nicht werden könne“, und ist auch dann ein eigner-tümlicher Vaterlandsfreund. Nein, es darf nach der Wahl nicht zu einem langen Kampf zwischen den Rechtsparteien kommen, die in die Regierung hineinmöchten, und den linksstehenden Demokraten, die unmöglich an einer reaktionären Regierung teilnehmen können. Die Rechtsparteien müssen nicht drohen können: „Wenn ihr uns nicht nehmt, werdet ihr leben, was geschieht!“, und die Mehrheitssozialdemokratie darf nicht dahin gedrängt werden, sich mit der Unabhängigen zu einer großen Oppositionsfrente zusammenzuschließen. Wir müssen sofort eine Regierung haben. Eine neue Regierung, aber eine feste, durch eine klare Majorität gestützte Regierung, und ohne aufwühlenden Kriehender und Krisenlärm.

Wie kann der verderbliche Streit um die Regierungsbildung, wie kann die ungeheuer gefährliche Krise vermieden werden, und wie kann zugleich unmittelbar nach den Wahlen und rechtzeitig für die Konferenz in Spaa, die neue Regierung bereit, handlungsfähig und verhandlungsfähig sein? Nur dadurch, daß die bisherige demokratische Koalition stark genug wiederkehrt, um die neue Regierung bilden zu können, und nur dadurch, daß jeder politisch reife Wähler und jede politisch beständige Wählerin zu diesem Ergebnis beiträgt und für die demokratischen Kandidatenslisten stimmt. Wir betonen ausdrücklich die Worte: „neue Regierung“, denn es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die jetzige Regierung nicht bleiben darf und nicht bleiben wird. Sie hat in ihrer Geburtsstunde selber erklärt, daß sie sich nur als eine provisorische Regierung betrachte, die Geschäfte nur bis zu den Wahlen führen wolle, und sie muß am Tage nach den Wahlen gehen. In die neue Regierung müssen die besten fachkundigsten Männer eintreten, und es ist klar, daß beispielsweise die Erfahrung eines Parteibeamteten nur in den seltensten Fällen für die Bewältigung großer wirtschaftlicher und politischer Aufgaben genügt. Die neuen Männer müssen sich zur Demokratie bekennen — und an hervorragenden tüchtigen Persönlichkeiten in allen Berufsgruppen hat die Demokratie ja keinen Mangel —, aber wir haben immer auf dem Standpunkt gestanden, daß in sogenannten Fachministerien

### Wen wählen die Demokraten?

- Wahlkreis 1 (Sachsen): Vorläufig finden keine Wahlen statt.
- Wahlkreis 2 (Berlin): Liste v. Siemens-Hartmann-Baum.
- Wahlkreis 3 (Potsdam II): Liste Denburg-Rufsch-Heuß.
- Wahlkreis 4 (Potsdam I): Liste Pachnide-Kemmers-Biele.
- Wahlkreis 5 (Frankfurt/Oder): Liste Vahr-Dammsche-Riedel.
- Wahlkreis 6 (Pommern): Liste Lippmann-Weinhausen-Waller.
- Wahlkreis 7 (Mecklenburg): Liste Stubmann-Sivlovich-Friele.
- Wahlkreis 8 (Breslau): Liste Gothein-Roebisch-Wagner.
- Wahlkreis 9 (Pommern): Liste Kopisch-Schmidt-Hals-Jahn.
- Wahlkreis 10 (Schlesien): Vorläufig keine Wahlen.
- Wahlkreis 11 (Magdeburg): Liste Schiffer-Böhme-Pohlmann.
- Wahlkreis 12 (Merseburg): Liste Telius-Roh-Schreiber.
- Wahlkreis 13 (Thüringen): Liste Bäumer-Gerland-Bamberger.
- Wahlkreis 14 (Schleswig-Holstein): Vorläufig keine Wahlen.
- Wahlkreis 15 (Hamburg): Liste Petersen-Büll-Radel.
- Wahlkreis 16 (Meckl.-Embs): Liste Koch-Wachhorst-Herrmann.
- Wahlkreis 17 (Ost-Hannover): Liste v. Richthofen-Grotewohl-v. Kampen.

- Wahlkreis 18 (Süd-Hannover-Braunschweig): Liste Heile-Rönnberg-Blum.
- Wahlkreis 19 (Westfalen-Nord): Liste Dominikus-Neumann-Boyer-Kragel.
- Wahlkreis 20 (Westfalen-Süd): Liste Ziegler-Frenzel-Pappe.
- Wahlkreis 21 (Westfalen): Liste Schüding-Triehmann-Preuß.
- Wahlkreis 22 (Westfalen): Liste Kroll-Heidebrock-Hilberg.
- Wahlkreis 23 (Rhein-Nachen): Liste Falk-Vaders-Peill.
- Wahlkreis 24 (Koblenz-Trier): Liste Albrecht-Dehamps-Pies.
- Wahlkreis 25 (Düsseldorf-Est): Liste Erkelenz-Pab-Edler.
- Wahlkreis 26 (Düsseldorf-West): Liste Bernstorff-Gzielik-Deusch.
- Wahlkreis 27 (Oberbayern-Schwaben): Liste Hamm-Geer-Dirt.
- Wahlkreis 28 (Niederbayern-Oberpfalz): Liste Hamm-Geer-Stritt.
- Wahlkreis 29 (Franken): Liste Weiß-Kerschbaum-Meisner.
- Wahlkreis 30 (Pfalz): Liste Raichig-Scheu-Klein.
- Wahlkreis 31 (Ersden-Bahgen): Liste Kütz-Weber-Dehne.
- Wahlkreis 32 (Rhein): Liste Goeb-Schneider-Laffe.
- Wahlkreis 33 (Chemnitz-Zwickau): Liste Brodau-Gantner-Schauer.
- Wahlkreis 34 (Württemberg): Liste Gaußmann-Wieland-Herrmann.
- Wahlkreis 35 (Baden): Liste Dietrich-Haas-Sänger.

Organisationsgabe und gründliche Kenntnis der technischen Probleme nicht in letzter Linie entscheidend seien. Wer, gleich einem Hazardspieler, gedankenlos oder frivol Deutschland am Tage vor Spaa und angesichts aller im Hintergrund drohenden Gefahren in eine ärmere Regierungsform und vielleicht in einen Zustand der Regierungslosigkeit oder doch völliger Autoritätslosigkeit hineinwerfen will, der mag für die Deutschen nationalen, für die Deutsche Volkspartei oder auch für die Unabhängigen und Kommunisten stimmen. Wer der Meinung ist, daß wir, ohne eine Pause voll leidenschaftlicher Erregung, eine Regierung, eine neue Regierung, haben müssen, der trägt am liebsten dazu bei, die demokratische Koalition, die allein die ruhige Überleitung von der alten zur neuen Regierung verbürgen kann, zunächst einmal zu stärken, und stimmt für die Deutsche demokratische Partei.

### Einzug der Bolschewiken in Teheran?

Paris, 3. Juni. (W. T. V.)

Nach einem Havas-Telegramm aus New-York hat die dortige persische Gesandtschaft die Nachricht erhalten, die Bolschewiken seien in Teheran eingezogen. Eine andere Havas-Meldung aus Teheran besagt: „Der Schah von Persien ist zurückgekehrt und hat seinen Einzug in die Hauptstadt gehalten.“

### Der Aufmarsch der amerikanischen Präsidentschaftskandidaten.

Entscheidung über den republikanischen Kandidaten in Chicago.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Chicago, 4. Juni.

„Manchester Guardian“ wird aus New-York gemeldet, daß am nächsten Mittwoch oder Donnerstag in Chicago die Entscheidung über den Kandidaten der republikanischen Partei für die Präsidentschaftswahlen fallen wird. Die Republikaner haben als Partei die meisten Ansichten, aber noch niemals war so kurz vor der Entscheidung so große Unsicherheit über den republikanischen Kandidaten, selbst bei den führenden Männern im Parteivorstand. Keiner der bisher genannten Kandidaten hat auch nur ein Viertel der stimmberechtigten Parteidelegierten für sich. General Wood und Senator Johnson haben beide über hundert Delegierte für sich. Der vielgenannte Gouverneur Lowden und Senator Harding haben ein paar sichere Stimmen. Der größte Teil der Delegierten hat überhaupt keine feste Instruktion und wird sich also in Chicago selbst entscheiden müssen. Senator Penrose und Crane werden wahrscheinlich die Entscheidung herbeiführen. Ihre Taktik wird darauf gehen, zunächst einmal Wood und Johnson auszuscheiden. Es werden dann die vier Namen: die Gouverneure Lowden und Allan, ferner Coolidge und Charles Evans Hughes genannt. Ein Sieg Hoovers wäre sehr unerwartet.

Eine Senatskommission hat festgestellt, daß bereits ungeheuer viel Geld zur Beeinflussung der Kandidaten ausgegeben worden ist. So von General Wood allein 1250000 Dollars, davon bilden 500000 Dollars den Beitrag einer Seifenfabrik. Das Ehepaar Lowden hat sich mit 400000 Dollars selbst finanziert. Hoover und Johnson haben je 75000 Dollars ausgegeben. Wood hat durch diese Entschaltungen besonders stark verloren. Man erwartet in Chicago sehr scharfe Auseinandersetzungen, vor allen Dingen einen heftigen Angriff Johnsons gegen den Völkerverbund.

### Erste Konferenz Krassins mit dem Obersten Wirtschaftsrat.

Lloyd George über die Vorbedingungen und den Zweck der Verhandlungen.

London, 3. Juni. (W. T. V.)

Die erste Konferenz des internationalen Wirtschaftsrates mit Krassins wird am nächsten Freitag stattfinden. Auf Anträgen im Unterhaus über die Verhandlungen mit Krassins antwortete Lloyd George, der Beschl. die wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland wieder anzuknüpfen, sei vom Obersten Rat am 16. Januar in Paris gefaßt und am 21. Februar in London bekräftigt worden. Der Oberste Rat beschloß dann in San Remo am 26. April, die alliierten Vertreter zu ermächtigen, mit Krassins und der russischen Delegation, die sich zu jener Zeit in Kopenhagen befanden, eine Zusammenkunft zu vereinbaren, die den Zweck haben sollte, die Handelsbeziehungen zwischen den alliierten Ländern und Sowjetrußland durch Vermittlung der russischen Konsuln in Genoffenchaften baldmöglichst wieder aufzunehmen. Ein Deputierter fragte hierauf an, ob die Regierung, bevor sie auf Besprechungen mit Sowjetrußland eingegangen sei, von Rußland verlangt habe, daß es allen französischen und englischen Gesellschaften, die in Rußland tätig waren, für die ihnen durch das ungeschickliche Vorgehen der Sowjets entstandenen Verluste Entschädigung leisten. Lloyd George antwortete, er halte es nicht für angebracht, während des Verlaufs der Verhandlungen darüber Auskunft zu geben. Die Grundbedingung für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland sei die Freilassung aller britischen Militär- und Zivilgefangenen ohne Unterschied ihres Ranges.

Auf eine weitere Anfrage über das Verlaufsprotokoll schreiben Krassins erklärte Lloyd George noch: Krassins ist der Führer der russischen Delegation, die kooperativen Organisationen vertritt, aber er ist auch Minister der Sowjetregierung, und als solcher handelt er zweifellos im Namen der Autorität der Sowjetregierung. Lloyd George fügte hinzu, es müßten noch gewisse Fragen aus dem Wege geräumt werden, bevor die englische Regierung sich überhaupt in Verhandlungen einlasse. Eine davon sei die der englischen Gefangenen in Rußland. Ferner würden Garantien gegen Angriffe auf britische Interessen im Osten und in der Heimat während der Fortführung der Verhandlungen gefordert werden. Wenn diese Schwierigkeiten beseitigt seien, dann würden Verhandlungen über die Handelsbeziehungen von Vertretern aller Regierungen geführt werden. Vertreter der französischen und der italienischen Regierung seien am eifrigsten und bereit, sich an der Fortführung der Verhandlungen zu beteiligen. Lloyd George bestritt mit Nachdruck, daß ihm irgend etwas davon bekannt sei, daß in Frankreich über die Verhandlungen Bemerkungen herrsche. Zum Schluß sagte er: Die Tatsache, daß gewisse Mächte versuchen, zu verwickelt zwischen befreundeten und alliierten Ländern zu liegen, deren Freundchaft so sehr im Interesse der Welt liegt (Beifall), ist kein Beweis für das Vorhandensein französischer Verratspläne. (Beifall.)

Laut „Daily News“ erklärte Krassins bei einer Besprechung mit Lloyd George, daß sich für Verhandlungen folgende drei Möglichkeiten ergäben: Wiederaufnahme des Handels bei gleichzeitiger Fortsetzung des Krieges, Wiederaufnahme des Handels bei gleichzeitiger Friedensschluß und endlich Aufschub der Frage der Handelsbeziehungen bis zur Wiederherstellung des Friedens. Die letzte Möglichkeit bezeichnen die „Daily News“ als die am wenigsten wünschenswerte und die erste als die wahrscheinlichste.

Chicago, 4. Juni.

Der „Times“-Korrespondent in Paris, der sich seit dem Antritt der französischen Sache in London macht, teilt mit, daß England bereits früher große Summen an Rußland für Sachschadhaft hat,